

RM Homfeldt teilt mit, dass die CDU-Fraktion beantragt, den Themenkomplex Feuerwehr einem der Fachausschüsse thematisch zuzuordnen. Die CDU-Fraktion sei der Überzeugung, dass der Rat mehr und besser darüber informiert sein müsse, welche Bedürfnisse die Feuerwehr mit ihren einzelnen Ortswehren hat. Ferner wünsche sich die Fraktion mehr direkten Austausch mit Vertretern der Feuerwehr. Bislang sei es so, dass die Belange der Feuerwehr in nicht öffentlich tagenden Ausschüssen - wie u. a. dem Verwaltungsausschuss - behandelt werden. Lediglich Beratungen über bauliche Vorhaben würden im Bau- und Umweltausschuss stattfinden. Seiner Fraktion sei es wichtig, die Kommunikation zu verbessern. Weiter führt er aus, dass der Rat über große Summen zu entscheiden hat und es daher den Ratsmitgliedern möglich sein muss, besser nachvollziehen zu können, wofür sie das Geld ausgeben.

Der zweite große Punkt, der seine Fraktion dazu bewogen habe, diesen Antrag zu stellen, sei die öffentliche Wahrnehmung. Nicht nur der fehlende Nachwuchs stelle ein Problem für alle Feuerwehren dar, sondern auch das Bewusstsein von Arbeitgebern, Feuerwehrmännern und -frauen für den Einsatz frei zu stellen. Dies sei mittlerweile zu einem größeren Problem bei allen Wehren geworden, so dass teilweise gar nicht mehr alle Einsatzfahrzeuge ausrücken können, weil nicht genug Leute da sind. Es gehe seiner Fraktion also auch um ein Stück Öffentlichkeitsarbeit und damit Bewusstseinschärfung, wie wichtig der Dienst der Feuerwehr, gerade auch für die Stadt, ist. In diesem Jahr habe man bereits zwei Mal erlebt, wie wichtig dieser Dienst ist.

Welchem Ausschuss dieses Thema zuzuordnen sei, müsse noch gemeinsam besprochen werden. Der Antrag sei daher bewusst offen gefasst worden. Abschließend bittet er um Unterstützung des Antrages, auch um als Stadtrat gegenüber der Feuerwehr ein Zeichen zu setzen, indem im Rat mit noch mehr Offenheit und mehr Wertschätzung über die Arbeit in diesem Bereich gesprochen wird.

Ein letztes Argument für den Antrag sei, dass alle Kommunen rund um Schortens herum, dies seit langem entsprechend geregelt haben, nur die Stadt Schortens bislang noch nicht.

RM Borkenstein unterstützt die Argumentation des RM Homfeldt bis auf den letzten Punkt. Denn nur weil andere Kommunen etwas machen würden, müsse das für die Stadt Schortens nicht in jedem Fall richtig sein. Aber es sei sehr wichtig, die Belange der Feuerwehr in Fachausschüssen zu besprechen. RM Borkenstein verweist auf das Schreiben des Stadtbrandmeisters nach der Ortskommandositzung im vergangenen Monat, wonach die Feuerwehr gern an Sitzungen der Ausschüsse teilnehmen und berichten möchte, jedoch nur dann, wenn die Tagesordnung Belange der Feuerwehr beinhaltet. Weiter habe die Feuerwehr mitgeteilt, dass sie ihre Belange gern im Finanz- und Wirtschaftsausschuss oder im Bauausschuss darstellen würde.

RM Borkenstein hält sowohl eine Zusammenlegung dieser beiden Ausschüsse als auch die Zuordnung dieser Thematik auf zwei Fachausschüssen nicht für sinnvoll. Für ihn stelle sich zudem die Frage, ob ein Fachausschuss festgeschrieben werden muss oder ob die Feuerwehr – wie andere Gruppierungen und Organisationen bisher auch – zu Sitzungen eingeladen werden soll, in denen über Belange der Feuerwehr beraten wird. In diesem Zusammenhang weist er darauf hin, dass sich der Stadtbrandmeister entsprechend in dem bereits von ihm erwähnten Schreiben geäußert hat und der Stadtbrandmeister und die Ortsbrandmeister in einer Sitzung des Verwaltungsausschusses signalisiert haben, dass es an Zeit fehle, zusätzlich

zum Dienst in der Feuerwehr an jeder Sitzung teilzunehmen. Aufgrund der offenen Fragen hält die SPD-FDP-Gruppe es für sinnvoll, zunächst noch einmal in den Fraktionen über die künftige Zuordnung zu beraten.

RM Ottens erklärt, dass die Gruppe „BÜNDNIS 90/Die Grünen - Kindo - Krüger“ die Notwendigkeit sieht, die Feuerwehr in einem Ausschuss zu verankern. Sie halte es für wichtig, dass die Feuerwehr einen öffentlichen Raum bekommt, was durch einen Ausschuss möglich sei. In diesem Punkt unterstütze die Gruppe den Antrag der CDU-Fraktion.

Bezug nehmend auf den Redebeitrag des Ratsmitgliedes Borkenstein bestätigt er, dass eine permanente Sitzungsteilnahme für die Feuerwehr eine zusätzliche Belastung darstellen würde. Er gibt zu bedenken, dass in Sitzungen des „Ausschusses für Sport, Kultur und Tourismus“ die Mitarbeiter/-innen des Bürgerhauses und des Fachbereiches „Touristik und Marketing“ nicht immer vertreten sind, sondern lediglich dann, wenn Themen aus diesen Bereichen beraten werden. Diese Regelung könne auch für die Feuerwehr Anwendung finden. Jedoch sollte ein Ausschuss ausgewählt werden, in dem die Feuerwehr verankert wird. Er unterstreicht, dass die Stadt Schortens die einzige Kommune im Landkreis Friesland ist, in der die Feuerwehr in keinem Fachausschuss vertreten ist. Daher hält er es für wichtig ein Zeichen zu setzen, dass der Wille besteht, über Feuerwehrbelange öffentlich zu diskutieren. Die Gruppe unterstütze den Antrag der CDU-Fraktion aus den vorgenannten Gründen.

RM Thiesing verweist auf den zweiten Bestandteil des CDU-Antrages, die Zusammenlegung des Bau- und Umweltausschusses und des Planungsausschusses. Er erläutert, dass es einen Topf „Investive Maßnahmen“ gibt, aus dem sowohl die Hochbau- als auch die Tiefbaumaßnahmen finanziert werden. Da diese Maßnahmen in einem engen ursächlichen Zusammenhang stehen, sei es mehr als sinnvoll, diese beiden Ausschüsse zusammenzulegen. Auch hinsichtlich des Themas Feuerwehr wird angeregt, diese Ausschüsse umzustrukturieren und zusammenzulegen. Daher habe es seine Fraktion auch offen gelassen, welchem Ausschuss die Feuerwehr zugeordnet werden soll.

Aber genauso wichtig sei es, die Themen „Bauen“ und „Planen“ aufgrund der enorm großen Schnittmengen endlich zusammenzulegen. In dem einen Ausschuss werde über die „Planung“ und in dem anderen Ausschuss über die „Bauausführung“ beraten. Daher sei auch der zweite Punkt des Antrages sehr wichtig. Abschließend schlägt er vor, über die beiden Themenkomplexe „Aufnahme des Themenkomplexes Feuerwehr in einen Fachausschuss“ und „Zusammenlegung des Bau- und Umweltausschusses und des „Planungsausschusses“ des Antrages gesondert abzustimmen.

Für **RM Labeschautzki** spricht nichts dagegen, die Feuerwehr einem Fachausschuss fest zuzuordnen. In seiner bisherigen Ratstätigkeit sei es jedoch üblich gewesen, zu bestimmten Themen u. a. Vertreter/-innen von Vereinen, Institutionen sowie Mitarbeiter/-innen der Fachbereiche oder Außeneinrichtungen um Stellungnahme in den Sitzungen der Ausschüsse zu bitten. In der Zuordnung der Feuerwehr zu einem Fachausschuss sieht er daher keine Veränderung. Er spricht sich ebenfalls dafür aus, über die Zuordnung zu einem Fachausschuss zunächst in den Fraktionen zu beraten.

RM Thiesing verweist auf die bestehende Problematik, dass das Thema „Feuerwehren“ bisher lediglich in nicht öffentlicher Sitzung des Verwaltungsausschusses oder im Finanz- und Wirtschaftsausschuss hinsichtlich der Bereitstellung von finanziellen Mitteln beraten wurde. Der CDU-Fraktion sei es aber wichtig, dass die Feuerwehr permanent in einem Ausschuss vertreten ist. Bisher

habe man das Thema „Feuerwehr“ seines Erachtens nicht ausreichend berücksichtigt.

Oft habe man lediglich im Rahmen der Finanzberatung die Summen festgelegt ohne zu wissen, was sich dahinter verbirgt. Durch eine regelmäßige Kommunikation würde man einen anderen Blickwinkel auf die Thematik erhalten. Deshalb sei eine permanente Teilnahme der Feuerwehr eminent wichtig. Die Feuerwehr solle sich dazugehörig fühlen und die Möglichkeit haben, sich zu äußern.

RM Kloth spricht sich dafür aus, das Thema „Feuerwehr“ einem Fachausschuss zuzuordnen, um eine gewisse Verbindlichkeit herzustellen. Eine permanente Teilnahme der Feuerwehrkameradinnen und -kameraden und auch die Bildung eines zusätzlichen Ausschusses sei nicht unbedingt notwendig.

RM Borkenstein erklärt, dass die heutige Beratung zeige, dass noch viele unterschiedliche Meinungen bestehen. Unklar sei u. a. auch die Teilnahmeregelung der Feuerwehr (Stadtbrandmeister und/oder Ortsbrandmeister sowie weiterer Feuerwehrkameradinnen und -kameraden). Die Grundsatzidee der CDU-Fraktion sei gut, aber aufgrund der noch offenen Fragen sollte die Angelegenheit aus Sicht der SPD-FDP-Gruppe zunächst in den Fraktionen beraten werden.

RM Ottens teilt mit, dass die Gruppe „BÜNDNIS 90/Die Grünen“ den Antrag der CDU-Fraktion lediglich hinsichtlich der Zuordnung des Themenkomplexes „Feuerwehr“ zu einem Fachausschuss unterstützt. Eine permanente Präsenz der Feuerwehr in den Sitzungen hält die Gruppe nicht für erforderlich. Die Zusammenlegung des Bau- und Umweltausschusses und des Planungsausschusses unterstützt die Gruppe nicht, da beide Ausschüsse große Themenbereiche beinhalten und damit sehr komplex sind. Durch die Zusammenlegung der beiden Ausschüsse würde daher eine unzumutbare Arbeitsbelastung für viele Ratsmitglieder – unter anderem auch für ihn – entstehen.

RM Just erklärt, dass sich die BfB/UWG-Gruppe aufgrund des bereits erwähnten vorliegenden Schreibens der Feuerwehr gegen die permanente Anwesenheit der Feuerwehrleute in den Ausschusssitzungen ausspricht. Da von der CDU-Fraktion kein Ausschuss vorgeschlagen wurde und der heutigen Beratung zu entnehmen sei, dass noch Beratungsbedarf besteht, schlägt RM Just vor, bis zur nächsten Ratssitzung gemeinsam zu überlegen, welchem Ausschuss man die Thematik „Feuerwehr“ gegebenenfalls zuordnet.

RM Just spricht sich persönlich für eine öffentliche Beratung bestimmter Feuerwehrthemen aus. Bisher seien die Belange der Feuerwehr aufgrund der Zuordnung zum Fachbereich Ordnung in nicht öffentlicher Sitzung des Verwaltungsausschusses beraten worden.

Er gibt zu bedenken, dass nicht nur über Neubauten, Sanierungen oder Beschaffung von Feuerwehrfahrzeugen, sondern auch über die Belange und Aufgaben der Feuerwehr insgesamt zu beraten sein wird. Er unterstreicht, dass es nicht nur darum geht, die Bedürfnisse der Ortswehren besser wahrzunehmen, sondern es gehe auch um den Bedarf der Stadt an Feuerwehr. Hierbei handle es sich nämlich um eine Aufgabe, die die Stadt selber festzulegen hat. Aufgabe der Stadt sei es festzustellen, wie groß das Gefahrenpotenzial ist und was dafür an Feuerwehr bereitzuhalten ist, und zwar sowohl an Standorten als auch an Personalausstattung und an Material. Dafür sollte es seiner Ansicht nach einen Gesamtplan geben. Diese Beratungen sollten öffentlich, also in einem Fachausschuss erfolgen.

In diesem Zusammenhang verweist RM Just auf die bisher geführten Beratungen über die „Sanierung des Feuerwehrgebäudes Sillenstede bzw. über einen Neubau“.

Diese Frage hält er für zu kurz gegriffen. Aus demografischen Gründen stelle man sich derzeit die Standortfrage zu Schulen, Sporthallen und Sportplätzen. Diese Frage müsse man sich auch zum Thema „Feuerwehr“ stellen. Bei einer Sanierung oder einem Neubau handle es sich um eine Summe in Millionenhöhe. Dabei sei zu berücksichtigen, dass es sich bei allem, was über den tatsächlichen Bedarf hinausgeht, nicht mehr um eine Pflichtaufgabe, sondern um eine freiwillige Aufgabe handeln würde, die ins Verhältnis zu anderen freiwilligen Aufgaben gesetzt werden müsste. Eine solche Diskussion müsse öffentlich geführt werden.

Er betont, dass seine Ausführungen nicht gegen die Feuerwehr gerichtet sind. Wie bereits heute erwähnt worden sei und wie man es auch der Presse entnehmen könne, bestehen bundesweit bei der Feuerwehr Nachwuchs- und Personalprobleme. Mit Blick auf die Zukunft hält er es für erforderlich, über dieses Thema parallel zu einer öffentlichen Ausschusssitzung im Rahmen des zurzeit stattfindenden Demografieprozesses zu diskutieren.

RM Just plädiert dafür, einen Ort zu finden, in dem über den Bedarf an Feuerwehr und auch über die optimale Standortwahl und die optimale Ausstattung diskutiert wird.

RM Eggerichs schlägt vor, sofern die landesrechtliche Möglichkeit besteht, einen Teilhaushalt „Feuerwehr“ zu bilden und diesem dem Bau- und Umweltausschuss zuzuordnen.